



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Thomas Schmid

ANTRAG

07.12.2017

München verstärkt seinen Beitrag zur Luftreinhaltung durch Forcierung der Durchdringung von E-Fahrzeugen und Car-Sharing Flotten sowie durch Kooperationen mit der Industrie (Anpassung IHFEM Beschluss vom Juli 2017)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München schafft weitere Vorteile für die Nutzung von E-Fahrzeugen (bzw. emissionsfreien Fahrzeugen) und Car-Sharing durch eine schrittweise Umwidmung öffentlicher Stellplätze und verstärkten und bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Kooperationen mit der Industrie. Das Referat für Umwelt und Gesundheit wird beauftragt, vor der Umsetzung weiterer Maßnahmen mit den Partnern eine schriftliche Vereinbarung mit den beteiligten Partnern zu schließen (Memorandum of Understanding). Das Planungsreferat wird beauftragt, über Bürgerpartizipation und Angebotsverbesserungen die Nachfrage nach öffentlichen Stellplätzen zu reduzieren.

Konkret sollen von den bis dato ca. 70.000 Stellplätzen innerhalb der Parklizenzgebiete bis Ende 2019 insgesamt 5.000 öffentliche Stellplätze (gut 7%) je zur Hälfte gemäß Elektromobilitätsgesetz und Car Sharing Gesetz gewidmet werden und ab 2020 jährlich fünf Prozent. Der beschlossene Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur auf 500 Ladesäulen respektive vermittels eines PPP Modells wird um die Schaffung einer Grundlastnachfrage durch elektrifizierte Car Sharing Flotten seitens der Industrie verstärkt. Umsetzung und Erfolgsmonitoring werden im Rahmen eines Memorandum of Understanding mit den Partnern transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Begründung:

Die Landeshauptstadt hat mit ihrem integrierten Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität (IHFEM) deutschlandweit bereits Maßstäbe gesetzt. Auch Car Sharing wird seit April 2016 gefördert. Diese Maßnahmen sollen jetzt verstärkt und ergänzt werden, um den Beitrag der Landeshauptstadt zur Verbesserung der Luftqualität und zur Förderung von Mobilitätsalternativen noch einmal deutlich zu beschleunigen. Dazu sollen Nutzungsvorteile im Alltag dadurch geschaffen werden, dass öffentliche Parkplätze

schrittweise für E-Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz) und für Car Sharing Flotten (Car-Sharing-Gesetz) gewidmet werden.

Diese Widmung verspricht eine hohe Wirkung, weil ein Pkw im Durchschnitt 23 Stunden parkt und nur eine Stunde bewegt wird und dementsprechend das schnellere Finden eines Parkplatzes einen starken Anreiz ausübt, das individuelle Mobilitätsverhalten im Sinne des Gemeinwohles zu verändern. Beispiele im Ausland zeigen zudem, dass Förderungen generell ihre Wirkungen auch erzielen (Oslo, Amsterdam, Kopenhagen).

Der bereits beschlossene und weitere bedarfsgerechte Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur / das PPP Modell sowie die nunmehr schrittweise Widmung der öffentlichen Stellplätze macht es erforderlich, dass diese gewidmeten Stellplätze von Anfang an genutzt werden. Dafür eignen sich Car-Sharing-Flotten ideal, weil sich deren Größe und Antriebsmix vergleichsweise schnell anpassen lassen. Deshalb ist es für das Gemeinwohl von entscheidender Bedeutung, dass der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur und die schrittweise Widmung der öffentlichen Stellplätze an Wachstum und schrittweise Elektrifizierung der Car Sharing Flotten gekoppelt werden.

In Zukunft ist ein gleichgerichtetes und abgestimmtes Vorgehen der Partner ebenso erfolgsentscheidend wie ein Erfolgsmonitoring: Die Landeshauptstadt hat bereits öffentliche Mittel investiert und erteilt nunmehr mit der Widmung öffentlicher Stellplätze Nutzungsvorteile in großem Umfang; Car-Sharing-Betreiber/Automobilindustrie und private Investoren tätigen jeweils Investitionen mindestens in zweistelligem Millionenbereich; nicht zuletzt müssen die Beiträge von Verwaltung und Stadtwerken entsprechend ausgerichtet werden. Deshalb soll das federführende Referat für Gesundheit und Umwelt ab sofort die weiteren Planungen gemeinsam mit den Partnern aus Verwaltung und Wirtschaft vorantreiben und vor der Umsetzung die Einzelheiten der Zusammenarbeit (z.B. Zeitplan, Standorte, Technologie) zwischen den beteiligten Partnern im Rahmen eines Memorandum of Understanding transparent und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

In diesem Prozess sollen die Mobilitätsbedürfnisse aller Münchner erfüllt werden. Große Chancen für das Gemeinwohl ergeben sich aus dem Umstand, dass viele Pkw-Besitzer gerade in den verdichteten Innenstadtquartieren lieber ohne eigenes Fahrzeug (auto-)mobil sein wollten. Deshalb wird das Planungsreferat beauftragt, Partizipationsprozesse aufzusetzen, um diesen Bedürfnissen ein entsprechendes Angebot zu schaffen und auf diese Weise Stellplatzflächen für das Gemeinwohl zu gewinnen.

Dieses grundsätzliche Vorgehen ist zwischen den Partnern der Inzell-Initiative im Rahmen der E-Allianz bereits abgestimmt und am 17. November 2017 einstimmig beschlossen worden. Deshalb soll das Memorandum of Understanding umgehend, spätestens jedoch mit der Vergabe des PPP-Modells im ersten Quartal des Jahres 2018 gezeichnet und veröffentlicht werden.

Manuel Pretzl, Stadtrat

Sebastian Schall, Stadtrat

Ulrike Grimm, Stadträtin

Thomas Schmid, Stadtrat